

# Leben im Landkreis München

## Kommunalpolitisches Programm der SPD München Land

Stand: 22.03.2017

Zur Bundestagswahl und zur Mitte der Wahlperiode des Kreistages legen wir dieses Programm für den Landkreis München vor, das unsere langfristigen Ziele mit aktuellen Entwicklungen in Einklang bringt. Ausgehend vom Programm für die Kreistagswahl 2014 haben wir die Schwerpunktthemen Anfang 2016 auf unserem „Kommunalpolitischen Tag“ mit ExpertInnen intensiv diskutiert und weiterentwickelt. Auf der Klausur des Unterbezirks im Herbst 2016 haben wir die Aktualität des Programms auf den Prüfstand gestellt und die Schwerpunkte neu definiert. Zur kommunalpolitischen Halbzeit und zur Bundestagswahl legen wir diese Agenda der Partei zur Diskussion und Beschlussfassung vor. Sie soll Grundlage der sozialdemokratischen Kreispolitik und Forderungen an den Bund für die nächsten Jahre sein.

### I. Bezahlbarer Wohnraum im Landkreis München

Die wichtigste soziale Frage im Landkreis München ist die Schaffung und Sicherung bezahlbaren Wohnraumes.

**Die SPD-Kreistagsfraktion** hat in den vergangenen Jahren einen wichtigen Beitrag hierzu geleistet:

Wohnungsbaurichtlinien mit Zuschüssen zum Bau günstiger Mietwohnungen wurden durch den Landkreis München erstellt. Zur Realisierung neuer Projekte, insbesondere des geförderten Wohnungsbaus wurde die Finanzausstattung der Baugesellschaft

München-Land um mehrere Millionen Euro erhöht. Das Programm „Wohnen gegen Hilfe“ wurde eingeführt.

Mit der Möglichkeit der Sozialgerechten Bodennutzung (SoBoN) haben einige Kommunen im Landkreis München ein Instrument geschaffen, um den Planungsbegünstigten oder Bauherrn zur Veräußerung von Wohnraum nach sozialen Kriterien zu verpflichten. Bei Bauprojekten muss ein bestimmter Prozentsatz öffentlich geförderter Wohnraum und ggf. ein Beitrag zur sozialen Infrastruktur geleistet werden. Auf diese Weise soll Gentrifizierung verhindert und soziale Durchmischung gewährleistet werden.

**Der Wohnungsmarkt im Landkreis München** verzeichnet derzeit hohe Immobilienpreise, hohe Mieten und niedrige Leerstände. Der Ballungsraum München wächst rasant; die Nähe zur Stadt München, zu den Naherholungsgebieten außerhalb der Stadt, eine starke Wirtschaft mit attraktiven Job- und Ausbildungsplätzen und exzellente Forschungseinrichtungen machen die Attraktivität des Landkreises München aus. Mit einem weiteren Bevölkerungswachstum der Stadt München bis weit in den Landkreis hinein ist zu rechnen. Bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, zu erhalten und zu fördern ist dabei oberstes Ziel.

Mehr Menschen, die im Landkreis München wohnen, benötigen aber auch mehr Naherholungsgebiete. Angesichts der zunehmenden Versiegelung soll besonderes Augenmerk auf die Beibehaltung und ökologische Aufwertung von Grünzügen und Naherholungsflächen gelegt werden.

## **1. Überregionale Lösungen für überregionale Herausforderungen**

**Die europäische Metropolregion München** wächst gemeinsam und rasant über die Landkreisgrenzen hinweg. Bis 2030 wird die Bevölkerung in der Europäischen Metropolregion um 490.000 Menschen auf 6,5 Millionen wachsen. Die Herausforderung ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, ist nur im Wege der überregionalen Kooperation mit einer gesteuerten Siedlungsentwicklung zu meistern. Die Ansiedlung von

Gewerbe sowie die Schaffung von Wohnraum und Naherholungsflächen erfordern eine Kooperation mit der Stadt München und den umliegenden Landkreisen.

Daher begrüßen wir die **Initiative der SPD Oberbayern**, die auf ihrer regionalen Wohnraumkonferenz 2016 in Dachau gemeinsame Zielsetzungen erarbeitet und die verstärkte Zusammenarbeit vereinbart hat.

Ebenso unterstützen wir die regionalen **Wohnbaukonferenzen des Oberbürgermeisters der Stadt München**, Dieter Reiter, sowie den Freisinger Appell vom 17. Juni 2015: **„Wohnen für alle ermöglichen – den Großraum gemeinsam gestalten!“**

#### **Konkret fordern wir:**

Eine verstärkte, vertrauensvolle und partnerschaftliche Zusammenarbeit aller Landkreise, Städte, Gemeinden, Verbände und Initiativen im Ballungsraum München.

Die verstärkte Ausweisung von Bauland und Baurecht, die Finanzierung von Infrastrukturkosten aus dem Planungsgewinn und das Bereitstellen von mehr Gemeindeflächen im sozial subventionierten Verkauf.

Die Auflage eines Landkreisförderprogramms für Wohnungs- und Genossenschaftsbau und alternative sowie altengerechte Wohnprojekte in allen Landkreisen.

Die höhere Dichte und Nachverdichtung in allen Großen Kreisstädten und größeren Gemeinden mit S-Bahn-Anschluss bei der Erstellung von Bebauungsplänen

Ein Harmonisierungsgebot: in dem Verhältnis, in dem Gewerbearbeitsplätze entstehen, muss auch Wohnraum geschaffen werden.

Die Reduzierung von Baukosten durch die Reduzierung von Planungsvorgaben und Vorschriften.

Den Transfer von Know-How durch die Landeshauptstadt München und die städtischen Wohnungsbaugesellschaften sowie die projektbezogene Kooperation.

**Des Weiteren fordern wir den Freistaat auf**, ein eigenes regionales Landesförderprogramm für den Wohnungsbau zu starten. Es ist darauf hinzuwirken, dass der Freistaat ein gesondertes Handlungsprogramm für den geförderten Mehrgeschoss-Wohnungsbau i.H.v. 800 Millionen Euro für einen 5-Jahreszeitraum finanziert. Ein entsprechender Antrag der SPD-Landtagsfraktion wurde durch die CSU abgelehnt.

**Wir fordern alle kommunalpolitischen Akteure des Ballungsraumes München auf**, Initiativen zu ergreifen, den Dialogprozess in der Europäischen Metropolregion München zu intensivieren, ein gemeinsames Metropolbewusstsein zu schaffen und Lösungsansätze zur Bewältigung des Wachstums zu entwickeln. Um dem Siedlungsdruck nämlich wirksam zu begegnen, müssen sich die Kommunen der Metropolregion als eine Gemeinschaft begreifen. Erst dann, wenn es gelingt, die Lasten des Wachstums auf viele Schultern zu verteilen, können die Chancen des Wachstums für die Entwicklung ganz Bayerns nachhaltig erschlossen werden.

## **2. Flächenverfügbarkeit, Bodenpreise und Baulandmobilisierung**

Die hohe Nachfrage und das geringe Angebot verfügbarer Flächen haben zu einer Preisexplosion geführt, die sich unmittelbar auf die Höhen der Mieten auswirkt.

**Wir fordern daher die SPD-Bundestagsfraktion auf**, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um Bodenpreisspekulationen einzudämmen. Es soll ein rechtskonformes Mittel gefunden werden, die Entwicklung der Grundstückspreise nicht marktwirtschaftlichen Kräften und damit Investoren und Kapitalanlegern zu überlassen. Denn Grund ist nur begrenzt verfügbar, kann nicht ins Ausland transferiert werden und unterliegt damit nicht denselben Grundsätzen und Regeln wie andere handelbare Güter. In Gebieten mit angespannter Wohnungssituation muss eine Begrenzung der Bodenpreise daher Bestandteil vorausschauender staatlicher Daseinsvorsorge sein.

**Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf**, die Grundsteuer C als Instrument zur Mobilisierung von Bauland und zur Eindämmung der Bodenpreisspekulationen wieder

einzuführen. Bauland ist im Landkreis München nämlich ein knappes Gut. Lukrative Grundstücke bleiben aber immer wieder unbebaut und dienen als Spekulationsobjekte, deren Wert durch die weitere Verknappung von Baugrundstücken zusätzlich gesteigert wird. Dies verhindert die Schaffung dringend notwendigen Wohnraumes. Die Grundsteuer C wird von der Kommune auf erschlossene, aber unbebaute Grundstücke erhoben, um durch die erhöhte Besteuerung Bauland wieder zu aktivieren. Die zusätzlichen Einnahmen erhöhen anschließend den finanziellen Handlungsspielraum der Kommune bspw. zur Schaffung zusätzlichen bezahlbaren Wohnraumes.

**Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf**, auf eine Änderung der derzeitigen Liegenschaftspolitik des Bundes durch die Bundesanstalt für Immobilien (BIMA) hinzuwirken. Denn nach wie vor vergibt der Bund bundeseigene Grundstücke und Immobilien nach dem Höchstgebot und fungiert damit selbst als preistreibender Akteur am Markt. Stattdessen soll das geltende Gesetz, das die BIMA an eine Vergabe zum Höchstgebot bindet, zugunsten einer Konzeptorientierung geändert werden. Ein konzeptorientierter Mietwohnungsbau, bei dem die Qualität des Konzeptes und die Schaffung von sozialem Wohnraum im Vordergrund stehen, soll dabei die Grundlage für die Vergabeentscheidung sein.

**Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf**, bei der Novellierung des Baugesetzbuchs das Hauptaugenmerk auf die Erleichterung der Nachverdichtung und des Wohnungsneubaus zu legen. Im Landkreis München ist aufgrund der teils sehr knappen Baulandressourcen eine Nachverdichtung unabdingbar. Ebenso gilt es, den Anteil der versiegelten Fläche möglichst gering zu halten und daher ressourcenschonend zu bauen.

### **3. Stärkung des Wohnungsneubaus**

**Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf**, sich dafür einzusetzen, dass die für die soziale Wohnraumförderung bereitgestellten Mittel zweckgebunden auch tatsächlich dafür verwendet werden.

Bereits im Rahmen der Koalitionsverhandlungen 2013 ist es der SPD gelungen, eine deutliche Anhebung der Städtebauförderungsmittel von 455 Millionen auf 700 Millionen Euro pro Jahr, davon 518 Millionen für den sozialen Wohnungsbau, durchzusetzen. Im Zuge der Bund-Länder-Gespräche zur Flüchtlingsfrage im Jahr 2015 wurden die Mittel auf ca. eine Milliarde fast verdoppelt. Im Rahmen der Wohnbauoffensive konnte Bundesbauministerin Barbara Hendricks eine weitere Aufstockung um 800 Millionen Euro erwirken. Dies verdeutlicht, dass die SPD unter Leitung von Barbara Hendricks mit der mehrfachen Mittelaufstockung ihrer Verantwortung für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum auch auf Bundesebene nachkommt. Im Zuge der Föderalismusreform 2006 wurde die Zuständigkeit für soziale Wohnraumförderung jedoch den Ländern zugeteilt, sodass der Bund die Zielgenauigkeit des Mitteleinsatzes nicht mehr steuern kann. Oft genug wurden die Mittel von den Ländern bereits zweckentfremdet, indem bspw. die Haushalte konsolidiert wurden. Es soll eine Möglichkeit geschaffen werden, die Zielgenauigkeit der Mittelverwendung zu erhöhen.

**Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion daher auf,** darauf hinzuwirken, dass entsprechende Fördermittel auch kommunalen Wohnungsgenossenschaften zugutekommen. Denn vor allem im Mietwohnbereich erleben wir derzeit eine Verdrängung der mittleren Einkommen, die sich die Schaffung von Eigentum nicht leisten können (ohne Erbe), aber zu viel verdienen, um eine öffentlich geförderte Wohnung zu bekommen. Selbst Einheimischenmodelle sind in unserem Raum für viele nicht mehr erschwinglich (ab 500.000,00 Euro). Daher ist vor allem im Geschosswohnungsbau die Möglichkeit zu schaffen, mit Förderung und Begleitung durch die öffentliche Hand, gut verdienenden jungen Menschen, die sich erst Vermögen aufbauen müssen oder kein Vermögen in der Hinterhand haben, Wohnraum zu bilden.

**Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion und die SPD-Bundestagsfraktion auf,** den Verkauf von Wohnungen in Besitz der öffentlichen Hand grundsätzlich einzuschränken beziehungsweise in Regionen mit angespanntem Wohnungsmarkt zu verhindern. Um eine Kostenexplosion bei den Mieten zu vermeiden, sollen keine Luxussanierungen durchgeführt werden.

**Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf,** dem Beschluss des Bundesparteitages 2015 in Berlin entsprechend, zur Schaffung von Anreizen für private Bauherren, die in 2005 abgeschaffte degressive Abschreibung für Anlagen im Mietwohnungsneubau („degressive AfA“) für Baumaßnahmen in Regionen mit angespanntem Wohnungsmarkt wieder einzuführen. Dabei gilt es insbesondere solche Bauten steuerlich zu begünstigen, die tatsächlich eine Mietpreisgrenze in Aussicht stellen und Wohnraum für niedrige und mittlere Einkommen schaffen können. Auch die Kosten einer energetischen Gebäudesanierung sollen künftig degressiv abgeschrieben werden können, wenn dafür im Gegenzug auf die Mieterhöhung wegen Modernisierung (Modernisierungsumlage) verzichtet wird.

#### **4. Bezahlbare Mieten**

**Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf,** sich für eine Nachjustierung bei der Mietpreisbremse einzusetzen. Dabei ist eine für VermieterInnen verbindliche Verpflichtung aufzunehmen, NeumieterInnen gegenüber die vorherige Miethöhe offenzulegen. Rückforderungen des Mieters/der Mieterin sind rückwirkend ab Mietbeginn zu ermöglichen.

Mit Inkrafttreten der Mietpreisbremse 2015 ist es gelungen, den Preisanstieg bei Wiedervermietungen zu deckeln. Die Miethöhe darf bei Neuvermietungen maximal 10% über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Ausnahmen bestehen bei modernisierten Wohnungen. Ebenso besteht keine Offenlegungspflicht des Vermieters über die bisherige Miethöhe an neue MieterInnen. Diese Lücken nutzen VermieterInnen gezielt aus, sodass die Mietpreisbremse an Effektivität einbüßt. Daher bedarf es einer belegten Offenlegungspflicht und einer Sanktionsmöglichkeit in Form eines Rückforderungsanspruches der zu viel gezahlten Miethöhe nicht erst ab Rüge, sondern auch rückwirkend ab Mietbeginn.

**Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf,** keinerlei Aufweichungen der von Bundesjustizminister Heiko Maas vorgelegten Vorschläge zur Zweiten Mietrechtsreform im

Gesetzgebungsverfahren zuzulassen. Das Augenmerk ist dabei insbesondere auch auf die Umlegbarkeit der Modernisierungskosten zu legen. Aktuell können 11% der Kosten auf MieterInnen umgelegt werden. Nach dem Entwurf sollen es künftig nur 8% sein. Dazu soll eine Kappungsgrenze für umlegbare Kosten eingeführt werden. Die Umlage soll auf maximal drei Euro je Quadratmeter innerhalb von acht Jahren begrenzt werden. Solange die Umlagefähigkeit der Modernisierungskosten nicht abgeschafft werden kann, fordern wir eine weitere Absenkung des Prozentsatzes sowie eine zeitliche Befristung bis zur Amortisierung der Modernisierungsmaßnahme.

**Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion außerdem auf, die** Betriebskostenverordnungen dahingehend zu ändern, dass die Kosten für Grundsteuer und Sachversicherungen nicht mehr als Betriebskosten auf MieterInnen umgelegt werden können.

**Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion dazu auf, darauf hinzuwirken, dass die Höhe der Einkommensgrenze als Kriterium für mit öffentlichen Mitteln geförderte Wohnungen der Einkommenssituation der Mieterinnen und Mieter im Großraum München entsprechend § 9 III Wohnraumförderungsgesetz angepasst wird.** Im Großraum München sind aufgrund der verhältnismäßig hohen Einkommen viele MieterInnen nicht berechtigt, eine öffentlich geförderte Wohnung zu beziehen. Trotzdem ist das Einkommen aber zu gering, um eine Wohnung auf dem freien Wohnungsmarkt finanzieren zu können. Diese MieterInnen fallen damit durch alle Raster.

## **II. Ein nachhaltiges Verkehrskonzept für den Landkreis München**

Eine der größten Herausforderungen im Rahmen der Bewältigung des rasanten Wachstums sowie der Sicherung der hohen Lebensqualität im Ballungsraum München stellt die Gewährleistung einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur dar. Ziel ist, eine nachhaltige Mobilität zu gewährleisten und möglichst kurze Wege zu ermöglichen, indem alle Verkehrsmittel, also Fahrrad, Auto, Bus und Bahnen, gut miteinander vernetzt werden.

**Die SPD-Kreistagsfraktion hat hierzu in der Vergangenheit bereits wichtige Weichen gestellt:**

Im Jahr 2014 wurde durch den Kreistag in enger Zusammenarbeit mit allen Betroffenen ein umfassender **Nahverkehrsplan** für den gesamten Landkreis München aufgestellt, in dem das gesamte Angebot des ÖPNV erfasst, überarbeitet und fortentwickelt wurde. Das Radwegenetz wurde wesentlich verbessert und 2016 vom Bauausschuss schließlich wegweisend beschlossen, ein regionales Radverkehrskonzept mit Radschnellwegen zu erarbeiten. Die Vernetzung von Bahn und Rad wurde mit dem Beschluss zur Einführung eines Leihrad-Systems nach dem Vorbild des MVG-Rades vorangetrieben.

Auch ist mittlerweile der Weg frei für eine Verlängerung der U-Bahnlinie 6 nach Martinsried. Der Landkreis fördert dabei die Taktverdichtung nach Garching und Hochbrück sowie später auch nach Martinsried.

## **1. ÖPNV**

### **a. Konkret fordern wir eine Ausbauoffensive für den Öffentlichen Personennahverkehr:**

Der längst überfällige und dringend notwendige Bau der **Zweiten S-Bahn-Stammstrecke** wird am 5. April 2017 nach langen und zähen Verhandlungen endlich beginnen. Die Realisierung des Projektes wird Pendlerinnen und Pendler aus dem Landkreis München erheblich entlasten und zur Pünktlichkeit der S-Bahn sowie im Ergebnis einer Verkürzung der Fahrtwege beitragen. Nun muss der Bau zügig vorangetrieben werden.

**Darüber hinaus fordern wir die beteiligten Träger des Landes und des Bundes** aber auch dazu auf, die Außenäste weiter auszubauen, indem S-Bahn-Tangentialverbindungen geschaffen werden. Wir fordern den Süd- und Nordring auf der Schiene, um den Individualverkehr vor allem im nördlichen und östlichen Landkreis München zu reduzieren. Die S2 im östlichen Landkreis sowie die S7 sind zweigleisig auszubauen, um die vorhandene Engstelle zu beseitigen. Ferner ist eine Trennung der S7 in einen West- und einen Ostast anzustreben.

Bis dahin muss das Chaos im S-Bahn-Verkehr gerade im Berufsverkehr durch eine damit einhergehende zügigere Abwicklung gelöst werden. Mehr Langzüge bei der S-Bahn müssen das Beförderungsvolumen erhöhen.

Darüber hinaus fordern wir eine Qualitätsoffensive, etwa durch den barrierefreien Ausbau aller Bahnhöfe durch Ausführung und Finanzierung des Bundes sowie eine Beschleunigung des Busverkehrs durch die Schaffung von Busfahrstreifen an geeigneten Stellen.

**b. Der Ausbau des ÖPNV muss begleitet werden durch ein einfaches, gerechtes und günstiges neues MVV-Tarifsystem:**

Wir unterstützen dabei ausdrücklich die Initiative und Forderung der SPD-Kreistagsfraktionen der MVV-Verbund-Landkreise vom 30. Januar 2017. Die MVV-Tarifreform läuft in die falsche Richtung. Statt des bestehenden komplizierten Zonen- und Ringsystems muss ein einfacher, klar verständlicher Einheitstarif geschaffen werden. Aufgrund ihrer räumlichen Verzahnung und der intensiven Pendlerströme in beide Richtungen sollen der Landkreis München und die Stadt München künftig gemeinsam die Tarifzone Innenraum bilden. Die umliegenden Landkreise sollen künftig die Tarifzone Außenraum bilden. In jedem Landkreis soll ebenfalls ein Einheitstarif für das gesamte Kreisgebiet gelten.

Mobilität ist Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben und sollte jedem Menschen ermöglicht werden. Deshalb fordern wir ein günstiges Jugendticket für alle Jugendlichen, die Weiterführung des Semestertickets sowie die Einführung eines Auszubildendentickets.

Wir fordern außerdem die SPD-Kreistagsfraktion auf, sich im Kreistag München auch weiterhin für die kostenfreie Nutzung der Buslinien sowie der Tram im Landkreis München einzusetzen. Denn je mehr Menschen weg vom Individualverkehr auf den ÖPNV umsteigen, desto mehr profitieren wir gesamtgesellschaftlich von weniger Lärm, weniger CO<sub>2</sub>-Emissionen sowie geringeren Kosten für Sanierung und Bau von Straßen.

## 2. E-Mobilität

Ergänzend zum Ausbau des ÖPNV fordern wir außerdem die Stärkung der **E-Mobilität** durch:

- die Umstellung von öffentlichen Fuhrparks auf Elektrofahrzeuge
- den Aufbau eines E-Tankstellen-Netzes
- den Einsatz von E-Bussen im MVV
- den Aufbau eines E-Bike-Mietsystems
- die Verlegung von Leerrohren für Steckdosen für E-Fahrzeuge in neu zu bauenden Tiefgaragen und auf Stellplätzen

## 3. Radverkehr

Neben dem motorisierten Verkehr setzen wir auf eine deutliche Steigerung der Attraktivität beim **Radverkehr**. Denn immer mehr Menschen steigen auf das Fahrrad um, um auch längere Distanzen, wie etwa die tägliche Strecke zum Arbeitsplatz, mit dem Fahrrad zurückzulegen.

**Wir unterstützen daher ausdrücklich die vom Kreistag München bereits in Auftrag gegebenen Machbarkeitsstudien** für die vom Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München (PV) ermittelten Potentiale für Radschnellwege nach München, darunter die in Auftrag gegebene Pilotstrecke Garching/Unterschleißheim, aber auch Heimstetten/Markt-Schwaben, Unterhaching/Taufkirchen/Oberhaching und Würmtal.

**Die SPD-Kreistagsfraktion** soll hier auf eine zügige Realisierung in Abstimmung mit der Stadt München hinwirken.

Darüber hinaus sollen auch Tangentialverbindungen für Radwege zwischen Nachbargemeinden geprüft werden, um auch hier ein schnelles Vorankommen zu ermöglichen.

**Wir fordern die SPD-Landtags- und Bundestagsfraktion dazu auf**, darauf hinzuwirken, dass Land und Bund bei Radschnellwegen die Baulastträgerschaft übernehmen.

Darüber hinaus fordern wir die SPD-Kreistagsfraktion auf, attraktive Bike-and-Ride-Angebote bei Park-and-Ride-Anlagen zu etablieren sowie auf den zügigen Auf- und Ausbau des MVG-Leihradsystems im Landkreis München hinzuwirken.

#### **4. Straßenverkehr**

Als Verbesserungen bei der Bewältigung des Straßenverkehrs fordern wir:

- die bessere Koordinierung der Baumaßnahmen auf Autobahnen, Bundesstraßen und Staatsstraßen.
- Im dicht besiedelten Landkreis mit viel Autoverkehr auch auf Bundesautobahnen soll ein überörtliches Lärmkonzept in Zusammenarbeit mit der Autobahndirektion Süd vorangetrieben werden. Eine einfach zu realisierende Maßnahme wäre ein Tempolimit auf 120 km/h nachts, wie es andernorts üblich ist.

### **III. Gute Bildung**

Lebenslanges Lernen beginnt schon im Vorschulalter und hört mit Phase der Berufstätigkeit nicht auf. Die notwendigen Voraussetzungen dazu wollen wir bedarfsgerecht schaffen bzw. ausbauen.

**Auf Initiative der SPD-Kreistagsfraktion** wurden unter SPD-Landrätin Johanna Rumschöttel weitreichende Hilfen für die Förderung im Schulbereich durchgeführt:

Dazu zählt die Ausweitung der Förderung der Jugendsozialarbeit an Schulen, die der Landkreis übernimmt, weil der Freistaat diese wichtige Aufgabe nicht finanziert. Inzwischen sind an 77 Schulen im Landkreis, von den Grundschulen bis zu den Gymnasien, SozialarbeiterInnen im Einsatz, um SchülerInnen frühzeitig Hilfe anzubieten und sich ihrer Sorgen anzunehmen.

Im Jahr 2013 wurde beschlossen, IntegrationshelferInnen an inklusiven Schulen einzusetzen und dank des Konzeptes der Arbeiterwohlfahrt (AWO) auch erstmals auf den Weg gebracht.

Die SPD-Kreistagsfraktion war es auch, die frühzeitig auf die Errichtung des Schulcampus' in Haar mit einer weiteren Fach- und Berufsoberschule drängte und diese beantragte. Auch die Planungen für ein weiteres Gymnasium im Osten des Landkreises gehen auf einen Antrag der SPD zurück.

Des Weiteren hat die SPD-Kreistagsfraktion durch ihre entsprechenden Forderungen und Anträge ein Umdenken in der Finanzierung weiterführender Schulen angestoßen. Ziel ist, Schulen bedarfsgerecht auch in finanzschwachen Kommunen anzusiedeln.

#### **Im Einzelnen bestehen folgende Handlungsfelder:**

- Erhalt eines hohen Standards im Bereich der Förderschulen
- die Einrichtung von Betreuungsangeboten für Kinder und Jugendliche jeden Alters
- die flächendeckende Schaffung von Ganztagsangeboten in den Schulen
- die Sicherung der hohen Qualität der Jugendsozialarbeit an Schulen
- die stete Fortschreibung der Schulbedarfspläne
- die Förderung von Angeboten der Erwachsenenbildung

## **1. Schulen**

**Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf,** das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in Bezug auf Bildung aufzuheben. Die Lockerung des Kooperationsverbotes bei den Universitäten war ein wichtiger und richtiger Schritt, um die Qualität durch mehr Fördermöglichkeiten zu erhöhen. Umso unverständlicher erscheint die Abschottung bei den Schulen, denn gerade die Schulbildung stellt einen wesentlichen Baustein im Leben junger Menschen dar. Das Sparen für die „schwarze Null“ ist hier gefährlich, denn mit

einer offensiven Förderung in Deutsch, der Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit Behinderung sowie einem flächendeckenden Angebot an Ganztagschulen kann präventiv ein wichtiger gesellschaftspolitischer Beitrag geleistet werden, der präventiv wirkt und dem Staat später Sozialausgaben erspart.

**Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion dazu auf**, auch weiterhin auf eine tiefgreifende Reform des Bildungs- und Schulsystems hinzuwirken und in ihren langjährigen Bemühungen nicht nachzulassen. Immer mehr Eltern wollen keine Auslese, sondern auch in der Schule ein Solidarsystem für ihre Kinder. Wir sehen nach wie vor die Gesamtschule bis zur 10. Klasse mit individualisierter Förderung statt Auslese als die Schule der Zukunft.

**Wir fordern die SPD-Kreistagsfraktion dazu auf**, dem Schulbedarfsplan Rechnung zu tragen, um auf eine vielfältige Schullandschaft im Landkreis München mit neuen Realschulen und Gymnasien sowie Fach- und Berufsoberschulen hinzuwirken. Dabei lehnen wir große Schulen ab und setzen uns dafür ein, dass jeweils maximal 1000 Schülerinnen und Schüler eine der weiterführenden Schulen im Landkreis besuchen. Um Schule weiterzuentwickeln, braucht es außerdem Offenheit und Neugier für die Realisierung von Modellprojekten. Hierbei müssen auch architektonisch neue Wege gegangen werden.

**Wir unterstützen die SPD-Kreistagsfraktion** in ihrer Forderung, die Finanzierung der weiterführenden Schulen neu zu ordnen und die zunehmende Verlagerung der finanziellen Last auf die Kommunen unterbinden. Wir fordern die SPD-Kreistagsfraktion weiterhin dazu auf, diese Forderung nicht aufzuweichen. Der Landkreis München soll aus dem Modell der Zweckverbände aussteigen und Schulneubauten in eigener Trägerschaft errichten. Der Grundsatzbeschluss zur Gründung von Schulzweckverbänden aus dem Jahr 1968 passt nicht mehr in die heutige Zeit. Die Fortschreibung des Schulbedarfsplanes vom März 2017 weist nach, dass weitere Schulbauten notwendig sind. Gleichzeitig wissen wir, dass es die finanzielle Leistungskraft mancher Landkreiskommune übersteigt, eine neue Schule nach den heute geltenden Bedingungen zu finanzieren. Die in den vergangenen zwei Jahren beschlossenen Änderungen hinsichtlich der Übernahme von 100% der Kosten des

Sachaufwands waren ein Schritt in die richtige Richtung, mehr aber auch nicht. Der Landkreis hat seiner Verantwortung als Sachaufwandsträger der weiterführenden Schulen nachzukommen und die gleiche Qualität der Schulen im ganzen Landkreis sicherzustellen. Die Entscheidung über Standorte muss unabhängig davon sein, ob eine Standortgemeinde finanziell dazu in der Lage ist, den Schulneubau zu schultern. Aus diesem Grund beantragt die SPD-Kreistagsfraktion, ein neues – ggf. auch rückwirkend geltendes – System der Finanzierung des Neubaus weiterführender Schulen im Landkreis München auszuarbeiten.

## **2. Inklusion**

Ergänzend zu professionellen Angeboten der vom Landkreis eingesetzten SchulbegleiterInnen möchten wir ehrenamtlichen Mentorinnen und Mentoren die Gelegenheit geben, ihre Erfahrung an junge Menschen weiterzugeben.

Dies gilt insbesondere auch als Hilfestellung für die Integration junger Flüchtlinge nicht nur in den Schulalltag.

**Wir fordern die SPD-Kreistagsfraktion daher dazu auf, auf eine entsprechende Umsetzung hinzuwirken.**

## **IV. Den sozialen Landkreis weiter ausbauen**

Erschwingliches Wohnen, gute Bildung und ein vielfältiges sowie ausreichendes Angebot an Arbeitsplätzen sind für uns Bestandteile eines sozialen Landkreises, wie wir ihn uns vorstellen. Zu seiner Stärkung wollen wir im Landkreis ein soziales Netzwerk aufbauen, in dem

- die sozialräumliche Beratung vor Ort gestärkt wird
- dezentral dort Angebote vorgehalten werden, wo Betroffene wohnen
- die Zielgruppenarbeit verbessert wird

**Die sechs Jahre SPD-Führung von 2008 bis 2014 haben im Landratsamt deutliche Spuren hinterlassen.**

So wurde ein Sozialbürgerbüro neu geschaffen, in dem alle sozialen Dienste des Landratsamts zusammengefasst sind. Es ist zentrale und einzige Anlaufstelle für alle Hilfesuchenden, die dort jede notwendige Unterstützung aus einer Hand erhalten. Zum Sozialbürgerbüro gehört als wesentlicher Bestandteil das Jobcenter, für dessen Einrichtung sich die SPD massiv eingesetzt hat und das zu einem großen neuen Aufgabenbereich des Landratsamts mit einer Vielzahl von MitarbeiterInnen geworden ist.

Zur besseren Vernetzung und Weiterentwicklung der sozialen Angebote im Landkreis München wurde die Sozialplanung neu geordnet und eine entsprechende Stelle geschaffen.

Neu von der SPD initiiert wurde auch die Interventionsstelle Landkreis München (ILM). Sie bietet Hilfe und Unterstützung für Opfer von häuslicher Gewalt. Daneben wurde die Männerberatung MILK eingeführt. Beide haben sich sehr gut etabliert und sind aus dem sozialen Leben im Landkreis nicht mehr wegzudenken. Wir beobachten die Entwicklung der Fallzahlen in diesem Bereich ebenso wie die der Frauen mit und ohne Kinder, die Zuflucht in dem 2016 endlich eröffneten Frauenhaus suchen. Bei entsprechendem Bedarf setzen wir uns für personelle Aufstockungen und ein zweites Frauenhaus ein.

Mobilität ist ein wesentlicher Aspekt der Teilhabe am sozialen Leben. Jahrelang hat die SPD deshalb für ein Sozialticket für öffentliche Verkehrsmittel gekämpft, das als Bestandteil des LandkreisPasses 2014 schließlich eingeführt wurde. Das Sozialticket ist wegen der hohen Ticketpreise des ÖPNV ein wichtiges Instrument der Sozialpolitik im Landkreis. Er könnte seine Ausgaben in diesem Bereich allerdings spürbar senken, wenn Land und Bund sich dieser Aufgabe stellen würden.

Zur Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Behinderung wurde ein Behindertenbeirat eingerichtet. Zur vollständigen Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Landkreis München dient der Aktionsplan, der regelmäßig auf den Stand seiner Umsetzung geprüft werden soll.

Zusammen mit dem Kreisverband der AWO München-Land hat die SPD die Wohnungs-Notfallhilfe mit der Fachstelle zur Verhinderung von Obdachlosigkeit (FOL) auf- und ausgebaut, mit deren Hilfe wir Betroffenen sowie den Städten und Gemeinden Beratung und Hilfe anbieten. Unser Anliegen ist, dass durch entsprechende Initiativen auf dem Wohnungsmarkt Obdachlosigkeit nicht zu einem immer größeren Problem im Landkreis wird.

Bereits vor dem enormen Anstieg der Flüchtlingszahlen 2015 hat die SPD dafür gesorgt, dass durch zusätzliches Personal im Landratsamt das Betreuungsangebot für AsylbewerberInnen im Landkreis München deutlich besser war als im Rest des Freistaats Bayern.

**Wir fordern die SPD-Kreistagsfraktion dazu auf**, darauf hinzuwirken, dass die Maßnahmen des Armutsbekämpfungsplanes des Landkreises München zügig umgesetzt werden. Auch im reichen Landkreis München gibt es Armut. Entsprechend der wachsenden Vermögens- und Einkommensungleichheit nimmt sie zu. Angesichts der hohen Lebenshaltungskosten sind anderswo auskömmliche Löhne und Gehälter im Ballungsraum München oftmals nicht ausreichend, sodass zur realen Gefahr des Abrutschens in die Armut die subjektive Angst davor kommt. Armut wird in wohlhabenden Regionen als besonders beschämend empfunden. Um effektiv gegensteuern zu können, haben wir deshalb 2008 einen Armutsbericht erstellen lassen und auf seiner Grundlage einen Armutsbekämpfungsplan entwickelt. Seine Verabschiedung 2010 war ein Meilenstein in der Entwicklung des sozialen Landkreises. Sozial Schwächere dürfen nicht abgehängt werden bzw. bleiben. Sie brauchen das Gefühl der Zugehörigkeit und das Wissen, nicht allein zu sein.

**Wir fordern die SPD-Kreistagsfraktion auf**, auf die jährliche Erstellung eines Sozialberichts hinzuwirken, um die Fortschritte auf dem Weg zu einem umfassend sozialen Landkreis zu dokumentieren. In diesen ist die Zielkontrolle des Maßnahmenkatalogs des Armutsbekämpfungsplans zu integrieren.

**Wir fordern den Kreistag München und die SPD-Kreistagsfraktion** außerdem dazu auf, für die Region München ausreichend Plätze in Frauenhäusern zur Verfügung zu stellen sowie entsprechende Maßnahmen im Anschluss zu erarbeiten, die die Gewaltspirale durchbrechen können, der die Frauen durch Rückkehr zum Partner oftmals ausgesetzt sind.

Seit April 2016 bietet das erste Frauenhaus im Landkreis München von häuslicher Gewalt betroffenen Frauen einen Schutzraum, in dem sie Unterkunft und Beratung finden. Die Erfahrungsberichte aus dem Frauenhaus im Rahmen des am 24. November 2016 im Landratsamt München anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt gegen Frauen veranstalteten Informationstages machten allerdings sehr deutlich, dass die im Frauenhaus zur Verfügung stehenden Plätze bei Weitem nicht ausreichen, um die starke Nachfrage befriedigen zu können. Auch die verhältnismäßig hohe Anzahl an Frauen aus dem Landkreis München, die aktuell in Frauenhäusern der Stadt München Zuflucht suchen müssen, verdeutlicht diesen Bedarf. Angesichts des jahrelangen Vorlaufs bei der Errichtung des ersten kreiseigenen Frauenhauses halten wir es für dringend erforderlich, alsbald die Realisierung eines zweiten Frauenhauses für die Frauen im Landkreis, die häuslicher Gewalt ausgesetzt sind, anzupacken.

## **V. Ein gutes Leben für Jung und Alt im Landkreis München**

Junge und ältere Menschen haben besondere Bedürfnisse und sind auf Förderung und Rückhalt, aber auch auf den Schutz durch das Gemeinwesen besonders angewiesen.

### **1. Jugend**

In den letzten Jahren hat die **SPD-Kreistagsfraktion** ihr Augenmerk an zahlreichen Stellen auf die Jugendpolitik gerichtet.

Im Jahr 2010 hat der Landkreis auf Initiative von SPD-Landrätin Johanna Rumschöttel einen Jugendhilfeplan aufgestellt, in dem alle Jugendhilfeangebote aufgelistet, zusammengefasst und erläutert wurden.

Es wurde ein Konzept zur Jugendsozialarbeit an Schulen entwickelt und diese flächendeckend an allen Schulen im Landkreis München ausgebaut.

Durch das mit der Arbeiterwohlfahrt (AWO) realisierte Projekt "Inklusiver Landkreis München" wurde allen Kindern - mit und ohne Beeinträchtigung - die Möglichkeit eröffnet, die Regelschule zu besuchen. Zum einen werden Schulbegleiter fachlich qualifiziert und laufend fortgebildet. Zum anderen werden die Regelschulen im Landkreis München für die Inklusion vorbereitet. Damit hat der Landkreis München beim Thema Inklusion die Vorreiterrolle in ganz Bayern übernommen.

Durch die Einrichtung des Programms "AndErl - Guter Anfang im KindErleben" verfügt der Landkreis München erstmals über ein spezifisch qualifiziertes Beratungsangebot für Eltern von Neugeborenen und Kleinstkindern. Hier wirken Sozialpädagogen, Kinderkrankenschwestern und Hebammen fachübergreifend zusammen und leisten so einen wichtigen Beitrag zum Kinderschutz.

## **2. Seniorinnen und Senioren**

Wir formulieren ein stimmiges und faires Altersbild, denn ein höheres Lebensalter lässt nicht automatisch auf größere Hilfebedürftigkeit schließen. Seniorenpolitik muss die Bedürfnisse des Einzelnen in den Vordergrund rücken und sich dabei stets an den Grundsätzen der Selbstbestimmung orientieren. Wer Hilfebedarf hat, muss sich auf eine gute Infrastruktur von Hilfen verlassen können. Dabei gilt es, die Lebensleistung jedes Menschen in all ihren Facetten wertzuschätzen und zu würdigen.

Der demographische Wandel macht auch vor dem Landkreis München nicht halt. Die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung stellt den bevölkerungsreichsten Landkreis Bayerns mit seinen derzeit über 340.000 Einwohnern in der Zukunft vor große Herausforderungen. Der Anteil der über 60-jährigen an der Gesamtbevölkerung wird bei

steigender Einwohnerzahl bis zum Jahr 2020 auf knapp 29 % und auch darüber hinaus deutlich ansteigen. Bis Ende der 2020er Jahre wird sogar mehr als jeder dritte Einwohner im Landkreis dieser Altersgruppe angehören.

**Bereits seit 1979 betreibt der Landkreis München Seniorenpolitik – beantragt und aktiv begleitet von der Kreis-SPD.**

Der Kreistag hat hierzu in der Vergangenheit entsprechende Kreisseniorienpläne bzw. Altenhilfepläne als Richtschnur für sein Handeln aufgestellt, zuletzt in den Jahren 1995, 2001 und in Ergänzung hierzu im Jahr 2006.

Das „Seniorenpolitische Gesamtkonzept“ von 2011 stellt eine umfassende, an den aktuellen Bedürfnissen von älteren und pflegebedürftigen Menschen orientierte Weiterentwicklung der Altenhilfepläne dar. Neben der Bedarfsermittlung in der Altenpflege im ambulanten, teil- und vollstationären Versorgungsbereich dokumentiert es in insgesamt elf Handlungsfeldern die Lebenswelt älterer Menschen und beschreibt die notwendigen Versorgungsstrukturen. Gleichzeitig gibt er ganz konkrete Maßnahmenempfehlungen.

Durch die finanzielle Förderung des Landkreises München unterstützen sich in dem Projekt "Wohnen für Hilfe" Menschen generationenübergreifend, indem Ältere günstig Wohnraum zur Verfügung stellen und dafür notwendige Hilfe im Alltag erhalten.

Außerdem wurde die Förderung von Heimplätzen überarbeitet. Es werden nur noch Einrichtungen mit modernen Wohnkonzepten bezuschusst (z.B. überwiegend Einzelzimmer, Wohngruppen).

Verstärkt gefördert werden zudem Plätze für Kurzzeit- und Tagespflege.

Bürgerinnen und Bürger aus dem Landkreis München, die Angehörige zu Hause pflegen, erhalten Unterstützung und Hilfe in der neu geschaffenen Fachstelle "Pflegerische Angehörige". Dies stellt eine wichtige Unterstützung und Entlastung für pflegende Angehörige dar. Hier werden z. B. die motorischen und kognitiven Fähigkeiten der

multimorbiden und dementen Gäste gefördert und verschiedenste präventive Angebote zur Tagesstruktur angeboten.

Durch eine neu geschaffene Koordinierungsstelle haben wir sämtliche Hospiz- und Palliativangebote im Landkreis München vernetzt und so das bürgerschaftliche Engagement gestärkt.

**Handlungsfelder hinsichtlich einer Verbesserung der sozialen Infrastruktur für SeniorInnen sehen wir konkreten bei:**

- der besseren Vernetzung und Koordination von Angeboten
- einer verbesserten Öffentlichkeitsarbeit aller Beteiligten
- der durchgängigen Barrierefreiheit auch bei Veranstaltungen und Veröffentlichungen

## **VI. Klimaschutz ernst nehmen: Energiewende in der Praxis**

Klimaschutz ist für uns ein Gebot der Stunde. Er erfordert die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende in den drei Bereichen Wärme, Strom und Mobilität:

Bezüglich der Bereitstellung von Wärme hat der Landkreis München den unschätzbaren Vorteil, das tiefengeothermische Potenzial der Region als heimischen Bodenschatz vorzufinden. Dieser CO<sub>2</sub>-freie Rohstoff wird bereits in den Geothermieanlagen in Aschheim, Dürrenhaar, Garching, Grünwald, Ismaning, Kirchstockach, Pullach, Sauerlach, Unterföhring, Unterhaching und Unterschleißheim genutzt.

**Wir fordern den weiteren Ausbau der Fernwärmenetze und ihre Vernetzung.** Die Verbindung der in den einzelnen Kommunen bestehenden und der zukünftigen Netze für die Versorgung mit Fernwärme aus der Geothermie und Biomasse zu einem

gemeinsamen interkommunalen Netz und zusätzlich die Einbindung derjenigen Geothermie- und Biomassekraftwerke, die noch nicht an Fernwärmenetze angebunden sind, erhöhen die Effizienz der einzelnen Anlagen signifikant.

**Zudem fordern wir die SPD-Landtags- und Bundestagsfraktion auf**, dass Land oder Bund die notwendigen Bürgschaften für den weiteren Ausbau der Geothermie leisten, damit einzelne Kommunen nicht aus finanziellen Gründen auf diese dezentrale Energieversorgung verzichten müssen.

**Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf darauf hinzuwirken**, dass rechtliche und bürokratische Hürden künftige Energieanlagen in Bürgerhand nicht be- oder verhindern, sondern im Gegenteil aktiv fördern. Denn auch im Bereich Strom setzen wir auf die räumliche Nähe von Bereitstellung und Verbrauch. Deshalb unterstützen wir Bürgerbeteiligungsprojekte wie Bürgerenergiegenossenschaften oder Bürgersolaranlagen, die es im Landkreis bereits zuhauf gibt.

**Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf**, die Ausnahmeregelungen bei der EEG-Umlage nur auf einen eng begrenzten Bereich sehr energieintensiver Unternehmen anzuwenden. Denn derzeit wird der Strompreis für Bürgerinnen und Bürger im Vergleich zu Unternehmen ungerecht hoch gehalten.

**Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion dazu auf**, auf eine Abkehr des Freistaates von der 10h-Regelung hinzuwirken. Auch bei uns gibt es Standorte, an denen Windkraftanlagen wirtschaftlich betrieben werden können. Diese effiziente Art der Stromerzeugung darf nicht weiter ausgebremst werden.

**Wir fordern die SPD-Kreistagsfraktion dazu auf**, auf den flächendeckenden Einsatz von Hybridbussen im Landkreis München hinzuwirken. Auf den Buslinien 266 zwischen Großhadern, Martinsried und Planegg sowie auf der Linie 210 zwischen Ottobrunn und Neuperlach Süd und auf der Linie 220 zwischen Taufkirchen und Giesing verkehren bereits Hybridbusse. Der weitere Einsatz von Hybrid- und E-Bussen würde den CO<sub>2</sub>-Ausstoß im Landkreis München reduzieren.

**Die SPD-Kreistagsfraktion** hat ein integriertes Klimaschutzkonzept durchgesetzt und arbeitet an der Weiterentwicklung der Energievision des Landkreises München im Rahmen der Klima-Energie-Initiative 29++. Um die Ziele der Pariser Klimakonferenz von 2015 zu erreichen, ist mittelfristig eine eigene Energieagentur notwendig, zu deren Aufbau wir das Know-how der Ebersberger Energieagentur nutzen können.

Um die Energieversorgung an die voraussichtliche Entwicklung des Energiebedarfs und die Ansprüche der Anbieter und der Verbraucher im Landkreis optimal anzupassen, ist die Erstellung eines detaillierten Energiekonzepts in Form eines **Energie-Nutzungsplans** (ENP) sinnvoll. Gerade kleineren Kommunen, für welche die verschiedenen Handlungsmöglichkeiten wegen ihrer Vielfalt oft auch verwirrend sind, hilft der ENP, die Energiewende vor Ort zu strukturieren. Energienutzungspläne für Kommunen werden vom Bayerischen Wirtschaftsministerium mit bis zu 70 Prozent gefördert. Ebenso ist ein weiterer Ausbau des ENP förderfähig.

Die Energiewende bedarf auch wegen ihrer gesellschaftlichen Aufgabe eines Moderators in der Region. **EnergieprojektmanagerInnen** stehen als KoordinatorInnen für Landkreise zur Verfügung. Diese Berater/Manager haben in und mit den Kommunen gemeinsam die Aufgabe, die Bürgerbeteiligung zu organisieren und zu moderieren, bei der effizienten Erstellung von Energie- und Wärmekonzepten zu unterstützen und die landkreisübergreifende Arbeit für erneuerbare Energieprojekte mit den regionalen Planungsverbänden und den Vorgaben der Landesplanung zu vernetzen.

Einer der wichtigsten Ansatzpunkte für mehr Klimaschutz ist der Gebäudebereich, der in Deutschland für etwa 40 Prozent der klimaschädlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich zeichnet. Sollen die nationalen Klimaschutzziele erreicht werden, muss hier der Energieverbrauch um etwa 80 bis 90 Prozent bis 2050 reduziert werden.

Die für einen **Abbau des Sanierungsstaus** erforderliche hocheffiziente Bau- bzw. Sanierungsweise stellt an Berater, Planer und Handwerker neue, hochkomplexe Anforderungen. Das Projekt „RexNet – regionale Expertennetzwerke“ liefert wichtige Bausteine, um Hemmnisse bei hochenergieeffizienten Sanierungen zu überwinden. Es

werden regionale Expertennetzwerke aufgebaut, um pilothaft Erkenntnisse zu gewinnen, wie Expertennetzwerke bei unterschiedlichen Rahmenbedingungen installiert werden können. Expertennetzwerke sind Qualitäts- und Qualifizierungsnetzwerke für Architekten, Planer, Energieberater und Handwerker. Durch konkrete Angebote und Instrumente, die im Rahmen des Projektes entwickelt und bereitgestellt werden, werden die Netzwerke handlungskräftig gemacht.

Der Landkreis München könnte durch die Expertise von RexNet profitieren: durch den Austausch und in Verbindung mit den Pilotprojekten könnte nach diesem Vorbild ein Projekt vor Ort angestoßen werden.